



Europäische Kommission: Gute Noten für das deutsche Gesundheitswesen.

Die Europäische Kommission hat eine europaweite Bevölkerungsumfrage zur Patientensicherheit und Qualität der medizinischen Versorgung in Europa vorgelegt (Eurobarometer spezial). In allen EU-Mitgliedsstaaten wurden im Zeitraum vom September bis Oktober 2009 repräsentative Befragungen in der Bevölkerung durchgeführt.

Das Ergebnis der Studie zeigt deutliche Unterschiede in der Bewertung der medizinischen Versorgung in den einzelnen Mitgliedsstaaten. Deutschland liegt in der Bewertung der Qualität der medizinischen Versorgung mit einer Einschätzung von 86 % der Bevölkerung mit „gut“ (nur) auf Rang 9 im Ranking der Mitgliedsstaaten.

Die Bevölkerung in Belgien (97%), Österreich (95 %) Finnland (94 %), den Niederlanden (91 %) Frankreich (91 %) und Schweden (90 %) sind da offensichtlich zufriedener mit der Gesundheitsversorgung in ihrem Land. Im EU-Durchschnitt sind nur 70 % der Bevölkerung mit „ihrem“ Gesundheitssystem zufrieden. Deutliche Defizite gibt es offenkundig in Bulgarien (28 %), Rumänien (25 %) und Griechenland (25 %).

Die Befragten sind im EU-Durchschnitt in nahezu gleich große Gruppen aufgeteilt, wenn es darum geht, die Qualität der medizinischen Versorgung im eigenen Land als besser (33 %), gleich (30 %) oder schlechter (26 %) als in anderen Mitgliedstaaten einzuschätzen.

Die deutsche Bevölkerung hat in der Mehrheit keine Zweifel an der Leistungsfähigkeit des deutschen Gesundheitswesens. Mehr als die Hälfte der Befragten (53 %) ist davon überzeugt, dass die Qualität hierzulande im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedsstaaten besser ist. 32 % der Befragten gehen davon aus, dass die Qualität der Versorgung im EU-Vergleich gleich ist.

Eine weitgehend positive Einschätzung der Qualität der Gesundheitsversorgung durch die Versicherten zeigt sich auch bei der Beantwortung der Frage, für wie wahrscheinlich es gehalten wird, dass Patienten durch eine medizinische Behandlung im Krankenhaus (ambulant oder stationär) zu Schaden kommen könnten. Nur 31 % der Befragten in Deutschland halten ein solches Risiko für wahrscheinlich.

Auch bei der Einschätzung des Risikos eines Schadens durch eine medizinische Behandlung in der ambulanten Versorgung schneidet das deutsche Gesundheitswesen im EU-Vergleich überdurchschnittlich gut ab. 66 % der Befragten halten ein solches Risiko nicht für wahrscheinlich.

Knapp mehr als ein Viertel der Befragten (26 %) erklären im EU-Durchschnitt, dass sie (oder ein Familienmitglied) schon einem einen ernststen Zwischenfall während einer medizinischen Versorgung erlebt haben.

Die Befragten in Deutschland haben hier mit einem Anteil von 30 % etwas ungünstigere Erfahrungen gemacht.

Erfreulich ist die Feststellung, dass in Deutschland vor der Durchführung eines chirurgischen Eingriffes in aller Regel (90 %) eine schriftliche Einwilligung des Patienten eingeholt wird. In anderen Ländern sieht es da deutlich schlechter aus. Mehr als vier von zehn Befragten in Griechenland (54 %), den Niederlanden (44 %) und Finnland (44 %) erklären, so wird in der Studie festgestellt, bei ihnen sei niemals eine schriftliche Einverständniserklärung eingeholt worden.

Die Studie der EU-Kommission steht unter http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_327_de.pdf im Internet.